

**Öffentliche Sitzung**  
des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung  
am Mittwoch, den 15.12.2021  
als Hybridsitzung im Hans-Baldung-Grien-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

**stellv. Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

**CDU**

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

**SPD**

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

**Die Linke**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-  
Streit

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

**Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Klaus-Peter Funk

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

**Verwaltung**

Herr René Bantel

Frau Iris-Lorena Briciu

Herr Jonas Grill

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Gerd Hägele

Herr Markus Herrmann

Herr Christian Joswig

Frau Jasmin Jütte

Herr Jürgen Musch

Herr Helmut Ott

Frau Birgit Pedoth

Frau Christine Schirle

Herr Raphael Wieler

Frau Franka Zaneck

**Schriftführerin**

Frau Melanie Bihlmaier

**Gast**

Herr Ingo-Benedikt Gehlhaus

zu TOP 1.

Herr Ortschaftsrat Elmar Hägele

Herr Stadtrat Thomas Krieg

## Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Teilfortschreibung Nahverkehrsplan Ostalbkreis 2021
- 2** Anschluss Kläranlage Waldstetten an die Sammelkläranlage Zollerwiesen Schwäbisch Gmünd
- 3** Unterrichtung über den aktuellen Stand des Planungsprojekts "Grüne Urbanität öffentlicher Raum Innenstadt Schwäbisch Gmünd"
- 4** Aktuelle Information zum Lärmaktionsplan von Schwäbisch Gmünd
- 5** Sanierungsverfahren "Westlicher Stadteingang"  
hier: Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes
- 6** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 540 A "Nachhaltiger Technologiepark Aspen", Gemarkung Bargau  
- Aufstellungsbeschluss
- 7** Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd - Waldstetten 12. Änderung (Nachhaltiger Technologiepark Aspen und Anbindung Gewerbegebiet Gügling an die OU Bargau), Gemarkung Bargau, Gemarkung Bettringen und Flur Hussenhofen-Zimmern  
- Aufstellungsbeschluss
- 8** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 540 "Anbindung Gügling an die OU Bargau", Gemarkung Bargau, Gemarkung Bettringen und Flur Hussenhofen-Zimmern  
- Aufstellungsbeschluss
- 9** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. A 12 D V "Straßdorf Süd 3. Erweiterung", Gemarkung Straßdorf und Flur Straßdorf  
- Satzungsbeschluss
- 10** Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd-Waldstetten 10. Änderung (Straßdorf Süd 3. Erweiterung) (Gewerbegebiet), Gemarkung Straßdorf  
- Entwurfsbeschluss
- 11** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 138 C "Solarpark Georgishof", Gemarkung Schwäbisch Gmünd  
- Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens
- 12** Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd - Waldstetten 13. Änderung (Solarpark Georgishof), Gemarkung Schwäbisch Gmünd  
- Aufstellungsbeschluss
- 13** Altstadtquartier Schattentheaterplatz/Mohrengäßle/Freudental
- 14** Instandsetzung Waldstetter Torbrücke in Schwäbisch Gmünd - Baubeschluss -

- 15** Lastenrad-Förderprogramm für Privatpersonen im Jahr 2022
- 16** Ausblick auf künftige Vorhaben
  - 16.1** Tribüne Normannia
- 17** Bekanntgaben
  - 17.1** Heranführung der Erschließungsleitungen Sportpark Laichle
  - 17.2** QLOCKTWO
- 18** Anfragen
  - 18.1** Rotrinnensteg
  - 18.2** PV-Anlagen entlang der Bahnstrecke
  - 18.3** Schließung der BW-Bank-Filiale
  - 18.4** Westlicher Stadteingang
  - 18.5** Bebauungsplanverfahren Sportpark Laichle

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen bittet darum, den Tagesordnungspunkt 4 aufgrund der kurzfristigen Übermittlung der Vorlage auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass der Lärmaktionsplan bei der Sitzung nur eingebracht werde, man werde im Anschluss, falls dies gewünscht wird, in die Fraktionen kommen und in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses ausführlich diskutieren.

Der Tagesordnungspunkt wird wie vorgesehen behandelt.

Ansonsten liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

## **zu 1      Teilfortschreibung Nahverkehrsplan Ostalbkreis 2021 Vorlage: 219/2021**

### **Protokoll:**

Frau Zaneck führt in den Sachverhalt ein und bittet die Fraktionen darum, die Stellungnahmen vorzustellen.

Herr Gehlhaus stellt den Nahverkehrsplan vor (siehe Anlage).

Stadtrat Kaiser/CDU führt aus, dass man Busse auch über die Remsstraße abwickeln könne, außerdem müsse es eine Beschleunigungsspur für die Busse geben, sodass Busse den Stau umfahren können. Man solle darüber nachdenken, Zebrastreifen zurückzubauen, wenn man diese nicht mehr benötige, um den Bussen mehr Rechten einzuräumen, beispielsweise bei der Pfitzerkreuzung.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Ausführungen. Man müsse das Thema ÖPNV massiv angehen, nicht nur in kleinen Schritten, sondern groß denken. Die Taktzeiten müsse man erhöhen, wichtig sei auch, dass die Angebote wesentlich besser werden würden, beispielsweise auch das WLAN und auch die Vernetzung, in Form von Carsharing, Fahrradabgabe usw. Er erkundigt sich nach dem Mobilitätspass und der Nahverkehrsabgabe. Wichtig bei allem sei auch die Verlässlichkeit, der Fahrplan müsse eingehalten werden. Er regt einen weiteren Bahnhalt an.

Stadtrat Schwab/SPD findet ebenfalls auf die Verfügbarkeit von WLAN hin, dies sei in anderen Städten bereits Standard. Außerdem solle das 365-Euro Ticket angeschafft werden. Man solle die Klimaschutzziele einhalten.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für die Präsentation. Alle würden unter dem Autoverkehr leiden. Mehr ÖPNV sei die Lösung. Im Kreistag sei das 365-Euro-Ticket beschlossen worden, jedoch sei in der Vorlage zu lesen, dass es Ländersache sei. Den ÖPNV könne man nur in Zusammenhang mit der Lösung der Fixierung auf das Auto

lösen, dies sei eine Mammutaufgabe. Sowohl in ökonomischer als auch in individueller Hinsicht.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Ein vermehrtes Angebot führe nicht unbedingt zu einer erhöhten Nachfrage. Er erkundigt sich wie man in die psychische Grundhaltung der Bürger einwirke, um mehr Menschen zum ÖPNV zu bringen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen schließt sich den Vorrednern an. Man sei im Zwiespalt in Schwäbisch Gmünd, da man auch in einer ländlichen Gegend sei. Das Amt 11 zeige hervorragende Arbeit, da die Bevölkerung informiert werde.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Das Angebot müsse aus seiner Sicht attraktiver werden. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz würden den ÖPNV zukunftsfähiger machen.

Stadtrat Barth/CDU führt aus, dass man sich mit dem Thema im Kreistag bereits seit 2014 beschäftige. In Schwäbisch Gmünd habe man einen guten ÖPNV, eine Verbesserung sei mit finanziellen Mitteln verbunden. Wenn man ihn verbessern wolle, müsse man ihn auch neu denken. Nach der Verordnung müsse nun der Halb-Stunden-Takt eingeführt werden, dieser werde aber nicht vollumfänglich genutzt. Der Bus müsse sich auch lohnen. Es müsse eine Verbindung geben, die die Leute in die Stadt bringe. Man sei in Schwäbisch Gmünd auf einem guten Weg.

Herr Gehlhaus äußert, dass der Mobilitätspass ein anderer Begriff für die Nahverkehrsabgabe sei.

Frau Zaneck führt aus, dass die Haltestelle Ost weiterhin aktuell sei, man sei aktuell im Austausch.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass das 1 Euro-Ticket sehr gut angenommen werde. Dies unterscheide Schwäbisch Gmünd von anderen Städten und sei gut für die Gastronomie und den Handel.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 30  
nachrichtlich an Amt:

**zu 2      Anschluss Kläranlage Waldstetten an die Sammelkläranlage Zollerwiesen  
Schwäbisch Gmünd  
Vorlage: 228/2021**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Bürgermeister Rembold.

Bürgermeister Rembold begrüßt die Kooperation, die viele Vorteile biete. Der Gemeinderat Waldstetten habe einstimmig zugestimmt. Man habe auf Verwaltungsebene nicht nur in diesem Bereich gut zusammengearbeitet.

Herr Musch erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Preiß/CDU begrüßt das Vorhaben.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich bei Herrn Schwenk.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen begrüßt ebenfalls die interkommunale Zusammenarbeit. Er erkundigt sich, ob übertretende Kanäle eingeplant seien.

Herr Musch antwortet, dass dies durch die Regenrückhaltung gewährleistet sei.

Stadtrat Zengerle/SPD begrüßt es ebenfalls.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE schließt sich dem Lob an.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste findet es ebenfalls erfreulich.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW begrüßt es ebenfalls.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich auch bei Frau Schierle.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66

nachrichtlich an Amt:

**zu 3      Unterrichtung über den aktuellen Stand des Planungsprojekts "Grüne Urbanität öffentlicher Raum Innenstadt Schwäbisch Gmünd"**  
**Vorlage: 224/2021**

**Protokoll:**

Herr Köber und Herr Jörg stellen den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Vortrag. Man würde den Platz vor dem Schmiedturm gerne bepflanzen. Man habe noch einen zweiten Bereich im Westen und sei bereit, die Bereiche aufzuwerten.

Bürgermeister Mihm stellt die Ideen für die Weststadt vor (siehe Anlage). Man wolle die Fläche als klimaaktive Fläche ausweisen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man diesen Weg möglichst schnell gehen

müsse.

Stadträtin Dr. Stahl/CDU bedankt sich für die Präsentation. Mensch und Wald gehörten einfach zusammen und Bäume gehörten in die Stadt. Sie würde sich freuen, wenn der Zauberwald komme und erkundigt sich, mit welchen Baumarten der Zauberwald bepflanzt werde.

Herr Köber antwortet, dass sich die klassischen Baumarten auf dem Rückzug befinden würden, man müsse klimaresistente Bäume schaffen.

Stadträtin Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den interessanten Vortrag. Sie wünscht sich die Bewertung der persönlichen Hotspots in Schwäbisch Gmünd. Zum mobilen Grün äußert sie, dass Wanderbäume als Aktion in Ordnung seien, sie vermisse aber Bäume in der Innenstadt.

Herr Köber antwortet, dass man die Fokusbereiche Marktplatz, Johannisplatz usw. noch betrachten werde.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es am Ende eine politische Entscheidung sei, es gebe verschiedene Konfliktbereiche.

Stadtrat Zengerle/SPD bedankt sich für den Vortrag.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE lobt den Vortrag. Der gestrige Bericht der Remszeitung habe bei ihm den Eindruck gelassen, dass Bürgermeister Mihm eher ein Bedenkenträger hinsichtlich des urbanen Grüns sei. Er erkundigt sich, ob es richtige Bäume in der Bocksgasse seien.

Bürgermeister Mihm bestätigt dies.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bedankt sich für die Präsentation, sie sei gespannt auf die Ausarbeitung. Sie erkundigt sich nach dem Zeitraum.

Herr Köber antwortet, dass dies voraussichtlich im Frühjahr 2022 ausgearbeitet sei.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen erkundigt sich nach einer Rigole bzw. einem Regenüberlaufbecken am Schmiedturm.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man noch nicht in den Detailplanungen sei.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich nach der Prioritätenliste und nach dem zeitlichen Horizont.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man zunächst den östlichen Teil angehen werde, daher wolle man sich zunächst auf die Schmiedgassen fokussieren. Die anderen Bereiche müsse man priorisieren und dann Vorschläge erarbeiten.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich ebenfalls. Er erkundigt sich, ob es Studien für die Maßnahmen gebe. Wald gebe es in der Weststadt genügend, es fehlen aber

junge Familien für die Zukunftsfähigkeit.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass in der Weststadt aktuell einige 100 Wohnungen entstehend würden, als Gegenpol wolle man entsprechende Naherholungsmöglichkeiten schaffen.

Herr Kröber antwortet, dass man die Maßnahmen nicht quantifizieren könne. Der Baum sei das Entscheidende für das Stadtklima. Man differenziere drei verschiedene Formen der Bäume. Man werde überwiegend mit Bäumen zweiter und dritter Ordnung arbeiten.

Bürgermeister Mihm möchte keine Illusion aufbauen, die Stadt könne kein Wald werden, er suche daher nach differenzierten Angeboten, um wie in der Vorstellung aufgezeigt, eine Lösung zu finden.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11  
nachrichtlich an Amt:

**zu 4      Aktuelle Information zum Lärmaktionsplan von Schwäbisch Gmünd  
Vorlage: 230/2021**

**Protokoll:**

Der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen und nach TOP 2 behandelt.

Bürgermeister Mihm stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass es verschiedene Maßnahmen gebe. Den Lärmaktionsplan müsse man in eine Vielzahl von Fragen und Perspektiven einordnen. Man bekenne sich dazu und habe das Ziel, die Lärmemissionen zu reduzieren. Die Maßnahmen müssten rechtmäßig sein, es bedürfe einer rechtlichen Grundlage, außerdem auch die fachliche Umsetzbarkeit. Ein Thema sei die Reduzierung auf Tempo 30, dies sei immer unter Vorbehalt des Regierungspräsidiums. Man könne nicht allein aufgrund des Lärms auf Tempo 30 reduzieren.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass es eine politische Entscheidung sei. Er bietet an, dass man in die Fraktionen komme. Man werde am 02.02.2022 im Bau- und Umweltausschuss beraten.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66, 30  
nachrichtlich an Amt:

- zu 5 Sanierungsverfahren "Westlicher Stadteingang"**  
**hier: Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes**  
**Vorlage: 225/2021**

**Protokoll:**

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 60

- zu 6 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 540 A "Nachhaltiger Technologiepark Aspen", Gemarkung Bargau**  
**- Aufstellungsbeschluss**  
**Vorlage: 215/2021**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein und führt aus, dass man im engsten Kontakt mit den Behörden und den Ministerien sei. Man sei in die Modellregion Hy-FIVE aufgenommen worden. Baden-Württemberg würde dann in die Brennstoffzellenproduktion einsteigen. Man müsse den Firmen etwas bieten.

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass einer der Pfeiler das Baurecht mit dem Verkehrskonzept sei. Der zweite Pfeiler sei die Wirtschaftsförderung, mit dem Land und BW International. Der dritte Pfeiler sei die Bürgerbeteiligung und die Kommunikation, diese sei sehr wichtig. Es brauche dann auch die Unterstützung des Gemeinderats. Man wolle eine interfraktionelle Gruppe gründen, mit der man in die Diskussion gehe. Wenn man für die neuen Technologien das Gebiet baureif mache, dann müsse man die Flächen, die jetzt noch in der Nutzung seien, die aber eigentlich herausgenommen werden könnten, auch nach draußen vermarkten. Bei den Firmen, in denen reduziert werde, müsse man die Firmen proaktiv dazu bekommen, dass die Firmen sich öffnen und andere Firmen auf die Fläche lassen. Das müsse man mitverfolgen. Man brauche ASPEN, da man bisher keinen Anker für nachhaltige Technologien habe. Nicht nur in Schwäbisch Gmünd, sondern auch nicht in Baden-Württemberg. Beim Thema Bürgerbeteiligung und Kommunikation solle man eine Pilotfunktion für das Land übernehmen, bisher habe man nur reagiert.

Herr Herrmann führt aus, dass man im engen Kontakt zu Frau Bosch stehe. Man werde im Bereich Kommunikation und Bürgerbeteiligung als Pilotprojekt des Landes vorgesehen, das Land werde neue Kommunikations- und Bürgerbeteiligungsmodelle

aufbauen. Es sei sehr wichtig, dass man nicht nur Medien- und Pressearbeit mache, sondern in den Dialog eintrete. Dies seien im wesentlichen Umfang auch die Stadträtinnen und Stadträte, man wolle sie als Akteure einbinden und nicht als Kommunikationsempfänger.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass die Transformation nur gelinge, wenn auch neue Arbeitsplätze entstehen. Man müsse daher Klima, Arbeit und Ökologie zusammenbringen. Es müsse aber auch zu einem Umdenken bei den Firmen führen, die Flächen zur Verfügung stellen könnten.

Stadtrat Preiß/CDU führt aus, dass man nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die Steuereinnahmen benötige. Es sei nicht einfach Firmen zu finden, die dort einsteigen. Man sei im Wettbewerb mit anderen Städten. Den Gemeinderat habe man hinter sich, er sei gespannt wie es weitergehe.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen bringt zum Ausdruck, dass ASPEN für die Grünen-Fraktion eine ziemlich harte Nuss sei. Vor einem Jahr habe man eine Euphorie im Gemeinderat gehabt. Es sei ein hoher Flächenverbrauch. Die Euphorie sei nun jedoch in Ernüchterung gewandelt worden, da der vorgesehene Ankernutzer nicht mehr da sei. Es sei eine schwierige Abwägung. Auf der einen Seite habe man einen hohen Flächenverbrauch, auf der anderen Seite gebe es Bemühungen und einen guten Willen, weiter geeignete Firmen aus dem Bereich Wasserstofftechnologie zu finden. Man wolle eine Exit-Strategie, die Flächen seien sehr wertvoll. Sie erkundigt sich, wie viel es bis zum Bebauungsplanverfahren koste und wie viele Kosten man riskiere, wenn man doch aussteige. Man gehe mit dem Aufstellungsbeschluss mit, behalte sich aber vor, dass man zum Entwurfsbeschluss aussteige, wenn man bis dahin keinen Ankernutzer habe. Die Fraktion bittet darum, die Optionsverträge zum Grunderwerb entsprechend zu verlängern.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man nicht warten könne, bis man die Ankerfirmen habe und dann erst in das Bebauungsplanverfahren einzusteigen. Andere Bundesländer würden schon Angebote schaffen, Firmen wie Daimler und Bosch würden bereits im Ausland produzieren, diesem müsse man entgegen. Man habe nicht die Zeit, wenn sich eine Firma interessiere, dass man dann erst in das Verfahren einsteige.

Herr Hackner sichert zu, die Kosten für das Bebauungsplanverfahren bis zur Sitzung des Gemeinderats vorzulegen.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich bis wann die Optionsverträge befristet seien.

Herr Hackner antwortet, dass diese bis zum 31.12.2022 befristet seien.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass die Kunst darin liege, wie man gestalten wolle. Man solle es probieren und attraktive Angebote machen.

Stadtrat Zengerle/SPD äußert, dass die Voraussetzung für eine Zustimmung sei, dass das Gebiet klimaneutral sei. Er erkundigt sich, wie weit der Grunderwerb in diesem Bereich sei. Dass die Bevölkerung ein Jahr nicht unterrichtet worden sei, sei schwie-

rig.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Eindruck nach außen entstanden sei, in der Zwischenzeit aber viel passiert sei. Man habe mit Hochdruck daran gearbeitet, es falle nicht vom Himmel, dass sich das Land Baden-Württemberg so mit Schwäbisch Gmünd engagiere und an einem Strang ziehe. Man habe nun eine fundierte Grundlage geschaffen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE möchte den Blick zurück präzisieren. Dieser sei notwendig, um die Lage einzuschätzen. Letztes Jahr habe man einen Ankernutzer in Aussicht gestellt, man habe darum gebeten, um eine breite Rückendeckung und um eine gute Verhandlungsposition zu haben. So sei der fast einstimmige Beschluss bei einer Enthaltung zustande gekommen. Unter der Voraussetzung habe er zugestimmt. Oberbürgermeister Arnold habe weder öffentlich noch nicht-öffentlich darüber informiert, auch dies sei Bürgerbeteiligung und Kommunikation. Er habe nicht informiert, obwohl er gewusst habe, dass das Projekt mit Daimler und Volvo geplatzt sei. Die Voraussetzungen von letztem Jahr seien nicht mehr gegeben, man müsse das Projekt von Grund auf sehen. Bei ASPEN gehe es um 42 Hektar landwirtschaftliche Fläche, um ökologisch wertvolles und schützenswertes Gebiet. Das sei die Fläche, die sich für Schwäbisch Gmünd ergebe, die Grün-Schwarz für Schwäbisch Gmünd vorgesehen habe. Mit diesem Gewerbegebiet habe man dann alles bis 2035 für Wohnen und Bauen aufgebraucht. Es sei im Entwurf des Flächennutzungsplans keine Einsparung in anderen Stadtteilen vorhanden. Die Ortschafträge seien alle für ASPEN, aber die Verkehrsproblematik sei nicht gelöst. Diese würde er gerne vorab sehen. Die Aussagen von Oberbürgermeister Arnold seien sehr unkonkret. Die Energien würden nicht ausreichen. Es gebe bereits eine Exit-Strategie, diese habe man mit dem damaligen Beschluss bereits gefasst.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man nicht darüber unterrichtet habe, da sich die Ansiedlung von Daimler und Volvo bis zum heutigen Tag nicht zerschlagen habe, es gebe keine offizielle Absage. Man sei dabei, dass man Alternativen und Möglichkeiten schaffe. Stadtrat Benk gehe es um Hektar, ihm gehe es in erster Linie um die Menschen. Bei BOSCH AS gebe es aktuell 4.700 Beschäftigte, 2025 würden 1.900 Menschen nicht mehr dort beschäftigt sein, man rechne immer mal drei, da immer auch Familien daran hängen würden, somit seien knapp 6.000 Menschen betroffen. Man werde gefragt wie die Alternativen aussehen würden, ob man wegziehen müsse nach Brandenburg. Es seien bereits Menschen nach Brandenburg gezogen. Es treffe den Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd, wozu auch Alfdorf usw. zugehören würden, sehr hart. Er stelle sich die Frage, was man den Menschen biete und wie man die Voraussetzungen für eine Akzeptanz für Klimaschutz schaffe, wenn man nicht versuche, den Menschen eine Existenz zu bereiten. Dies sei ganz wesentlich. Damit man das könne, müsse man attraktiv sein für Firmen, die Know-How hätten und die investieren wollen. Er habe gesagt, man sei mit Firmen in Kontakt, diese würden die Details abfragen. Die erste Frage sei immer bis wann man bauen und produzieren könne. Der Markt sei aktuell umkämpft, das Land habe daher auch die Strategie geändert hin zu einer Angebotsstrategie. Die Firmen würden nicht mehr automatisch nach Baden-Württemberg kommen. Die Frage sei wie die Alternativen hier und in Baden-Württemberg aussehen würden. Sein Bestreben sei es, gemeinsam mit dem Gemeinderat Voraussetzungen zu schaffen, um attraktiv für Firmen mit neuen Technologien zu sein. Da man nicht Fördermittel wie andere bieten

könne, habe man sich an Förderanträgen beteiligt. Er sei sehr froh, dass dies nun geklappt habe. Man solle immer daran denken, dass Arbeitsplätze kein Selbstläufer seien. In dem Moment, in dem man strukturelle Nachteile habe, müsse man diese ausgleichen können oder die Firmen würden weggehen. Er sei verwundert, warum man bei der Herstellung der Automobiltechnologien nicht aktiver sei. Aktuell würden die Batteriezellen aus China und Südkorea kommen, diese seien nicht mit grüner Energie hergestellt, auch der Transport sei nicht klimaneutral. Er stelle sich die Frage, ob es nicht sinnvoller sei, diese in Baden-Württemberg zu produzieren. Man müsse zwei Dinge machen, zum einen eine Angebotsstrategie fahren, sowohl von Seiten der Stadt Schwäbisch Gmünd als auch des Landes Baden-Württemberg, zum anderen eine gezielte Strukturpolitik, geknüpft an das Thema Transformation. Diese habe man nicht. Man habe nicht das Bewusstsein, dass man Regionen habe, die von der Transformation betroffen seien, es gebe keine Strukturpolitik. Strukturpolitik heiße nicht nur Krise, sondern auch Chance. Er wolle vorankommen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen ist der Meinung, dass man etwas tun müsse. Man könne nicht zuschauen wie die Menschen wegziehen würden oder Arbeitsplätze verlieren. Das Verkehrsproblem könne man sicherlich lösen. Man müsse schauen, dass man ein Angebot unterbreiten könne.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bringt zum Ausdruck, dass sich Schwäbisch Gmünd in einer schwierigen Situation befinde. Die Stadt sei gezwungen etwas zu machen, man könne sich nicht auf die konventionelle Industrie verlassen. Besorgniserregend sei, dass sich das frühere Nord-/Südgefälle umdrehe, man habe eine Verlagerung der Entwicklung in die nördlichen Bundesländer. Verwunderlich sei auch, dass namenhafte Firmen in Baden-Württemberg nicht schnell genug auf die Situation reagieren würden oder sie bereits beschlossen hätten, anderweitig produzieren zu lassen, was Oberbürgermeister Arnold bereits angesprochen habe. Die Verlagerung sei nicht nur für Schwäbisch Gmünd selbst, sondern auch für viele weitere Subunternehmen schlecht. Die Frage sei, was man tun könne. Schwierig sei, dass es keine Förderzusagen vom Land gebe und man in Vorleistung gehen müsse. Er stellt die Frage, was passiere, wenn sich die Erwartungen nicht erfüllen würden. Habe man einen Plan B? Was könne man mit den Flächen sinnvollerweise machen? Man habe keine Perspektive, was Bauchschmerzen bereite. Der Gemeinderat müsse einen Blindflug in die Zukunft machen, andererseits müsse man auch zurückdenken. Bei der Landesgartenschau habe man gewusst, wenn man die Stadt so unattraktiv lasse wie sie gewesen war, dann würde sich das insgesamt negativ auswirken. Man habe damals daraufgesetzt, dass sich die Umstrukturierung der Stadt positiv auswirken würde. In einer ähnlichen Situation sei man nun wieder. Bei der Landesgartenschau habe man auf das richtige Pferd gesetzt und die Stadt in etwas Positives gewandelt. Vor dem Hintergrund müsse man sich fragen, was man für Alternativen habe. Entweder man warte ab und warte darauf bis alle vorbeigezogen seien oder man pokere. Der Landschaftsverbrauch sei ein Abwägungsprozess. Es bleibe nichts Anderes übrig, als den Hut in den Ring zu werfen. Man müsse hoffen und darauf vertrauen, dass die Verwaltung die Gespräche, die sie seither geführt habe, weiterhin führe. Alles andere sei für Schwäbisch Gmünd ein Desaster, denn dann habe man neben der Investition in ASPEN eine starke Abwanderung. Man müsse daher auf moderne Industrien setzen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW unterstreicht die Ausführungen von Stadtrat

Dombrowski. Man werde die Beschlussvorlage unterstützen, da es ein Baustein für die Zukunftsfähigkeit der Stadt sei. Man solle sich aber technologisch breiter aufstellen und nicht nur auf Wasserstoff, sondern generell auf Zukunftstechnologien setzen. Man brauche einen ganzheitlichen Ansatz, um die Attraktivität zu erhöhen. Man brauche daher in Schwäbisch Gmünd eine technologische Hochschule. Man müsse die Technologien auch auf die Straße bringen, hier müsse man entsprechende Studiengänge und Synergien mit dem fem schaffen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass zur Attraktivität auch die Rückendeckung des Gemeinderats gehöre, dieser habe eine Vorbildfunktion.

Ortsvorsteher Heissenberger weist darauf hin, dass der Bebauungsplan auch auf die Gemarkung Hussenhofen/Zimmern reiche, daher solle man den Stadtteil auch mit einzubeziehen.

Oberbürgermeister Arnold sichert dies zu.

Stadtrat Bläse/CDU betont, dass man eine riesige Chance habe, man habe vorgearbeitet und sei noch rechtzeitig dran. Man solle nicht jetzt in einer Exit-Strategie denken, sondern schauen, dass man das Zukunftsprojekt für die Stadt Schwäbisch Gmünd hinbekomme.

Stadtrat Dombrowski habe es richtigerweise mit der Landesgartenschau verbunden. ASPEN sei um ein Vielfaches wichtiger für Schwäbisch Gmünd als es die Landesgartenschau gewesen sei. Alle seien dafür, dass man die Transformation schaffe. Die Kommune müsse die Rahmenbedingungen und die Grundlage schaffen, dass sich die Firmen interessieren würden. Man müsse das Land und den Kreis einbeziehen, Oberbürgermeister Arnold könne hier viel bewegen. Er bittet um Unterstützung aller Gemeinderäte, nur gemeinsam könne man dies schaffen.

Stadtrat Schwab/SPD findet es sehr schwierig, blind zu vertrauen. Man brauche daher die Information und man solle künftig regelmäßiger und besser informieren. Eine enge Konzentration auf Wasserstoff halte er nicht unbedingt für notwendig, er könne sich auch andere Zukunftstechnologien vorstellen, die zukunftsfähige Arbeitsplätze nach Schwäbisch Gmünd bringen würden. Ganz wichtig sei, dass man mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien die Grundlagen schaffe, dass sich Firmen hier ansiedeln. Baden-Württemberg habe dies in den vergangenen Jahren versäumt.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass auch das Thema erneuerbare Energien dazu gehöre.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4, 60  
nachrichtlich an Amt:

- zu 7**      **Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd - Waldstetten 12. Änderung (Nachhaltiger Technologiepark Aspen und Anbindung Gewerbegebiet Gügling an die OU Bargau), Gemarkung Bargau, Gemarkung Bettringen und Flur Husenhofen-Zimmern**  
**- Aufstellungsbeschluss**  
**Vorlage: 214/2021**

**Protokoll:**

Siehe Tagesordnungspunkt 6.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
 nachrichtlich an Amt: 10.4, 60

- zu 8**      **Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 540 "Anbindung Gügling an die OU Bargau", Gemarkung Bargau, Gemarkung Bettringen und Flur Husenhofen-Zimmern**  
**- Aufstellungsbeschluss**  
**Vorlage: 212/2021**

**Protokoll:**

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass das Verkehrswegekonzept ergebnisoffen sein müsse.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE weist auf die fehlerhafte Bezeichnung als Radschnellweg hin, da die Strecke eine Steigung von 10 Prozent habe. Es sei daher ein normaler Radweg, dieser sei jedoch zu begrüßen. Die Fördervoraussetzungen seien bisher nicht erfüllt.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es als Radweg bezeichnen werde.

Stadtrat Zengerle/SPD führt aus, dass der Radweg auch Thema im Ortschaftsrat gewesen sei, den direkten Weg zu den Firmen solle man nicht schließen, es gebe andere Radwegmöglichkeiten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es dennoch zur Disposition stellen müsse.

Stadtrat Zimmermann/CDU bedankt sich bei Herrn Hackner und dessen Amt für die mutigen und zukunftsweisenden Planungen. Die Entwicklung des Aspenfelds sei sehr schwer vorstellbar, wenn man die Gemeindeverbindungsstraße offenlasse. Es sei bereits jetzt an der Grenze des Zumutbaren. Die Hirschmühle sei noch extremer betroffen. Man habe sich vor einem Jahr über die Trassenvariante unterhalten. Er erkundigt

sich, wie man die Bargauer Straße entschärfe. Es gebe keine Anbindungsvariante, die die verkehrliche Situation für Hirschmühle oder Zimmern entschärfe. Daher bedankt er sich für die Öffnung für die Landwirtschaft und den Radweg, der an den Remstalradweg angebunden sei. Es könne aber nur der erste Schritt sein, man müsse auf diesem Weg weitergehen und man benötige ein begleitendes Verkehrskonzept bis zum Entwurfsbeschluss.

Ortsvorsteher Heissenberger betont die Wichtigkeit eines großen Verkehrskonzepts, hier lege auch der Ortschaftsrat großen Wert darauf. Dies solle man auch jetzt mit beschließen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 9      Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. A 12 D V "Straßdorf Süd 3. Erweiterung", Gemarkung Straßdorf und Flur Straßdorf**  
**- Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 211/2021**

**Protokoll:**

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 60

**zu 10      Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd-Waldstetten 10. Änderung (Straßdorf Süd 3. Erweiterung) (Gewerbegebiet), Gemarkung Straßdorf**  
**- Entwurfsbeschluss**  
**Vorlage: 163/2021**

**Protokoll:**

Siehe Tagesordnungspunkt 9.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 60

- zu 11**      **Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 138 C  
"Solarpark Georgishof", Gemarkung Schwäbisch Gmünd  
- Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens  
Vorlage: 222/2021**

**Protokoll:**

Siehe Tagesordnungspunkt 12.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 60

- zu 12**      **Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd - Waldstetten 13. Änderung (Solar-  
park Georgishof), Gemarkung Schwäbisch Gmünd  
- Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 223/2021**

**Protokoll:**

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 60

- zu 13**      **Altstadtquartier Schattentheaterplatz/Mohrengäble/Freudental  
Vorlage: 227/2021**

**Protokoll:**

Der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen und nach Tagesordnungspunkt 4 behandelt.

Herr Boullion präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Vortrag und der Bürgerstiftung für den finanziellen Beitrag.

Herr Joswig stellt die Situation der Gewölbekeller vor (siehe Anlage).

Herr Hackner sieht es als Chance, die Keller zugänglich zu machen, daher solle man die Fördermittel generieren.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65, 67  
nachrichtlich an Amt:

**zu 14      Instandsetzung Waldstetter Torbrücke in Schwäbisch Gmünd - Baubeschluss -  
Vorlage: 195/2021**

**Protokoll:**

Herr Musch präsentiert den Sachverhalt.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich nach dem Unterschied zwischen einer Ertüchtigung und einer Instandsetzung.

Herr Musch antwortet, dass man die Brückenklasse verbessere, daher habe man die Fördergelder generiert.

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, ob die Ertüchtigung nun länger als 30 Jahre halte. Es müsse eine großräumige Umleitungsstrecke geschaffen werden. Er erkundigt sich, ob der Platz für den Rad- und Fußverkehr ausreiche und ob man noch mehr Platz gewinnen könne.

Herr Musch antwortet, dass man die Umleitung bereits geplant habe.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man prüfen werde, ob man mehr Platz generieren könne.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66  
nachrichtlich an Amt:

**zu 15      Lastenrad-Förderprogramm für Privatpersonen im Jahr 2022  
Vorlage: 220/2021**

**Protokoll:**

Frau Zaneck stellt den Sachverhalt vor.

Stadtrat Schwab/SPD regt an, die Förderung von Fahrradanhängern zur Lastenbeförderung mit einzubauen, da man Lastenfahräder nicht mit in den Zug nehmen dürfe.

Frau Zaneck sichert dies zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt das Lastenradförderprogramm für Privatpersonen im Umfang von 30.000 Euro umzusetzen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 20  
nachrichtlich an Amt:

**zu 16      Ausblick auf künftige Vorhaben**

**zu 16.1    Tribüne Normannia**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold informiert, dass man die Normannia-Tribüne in Augenschein genommen und entschieden habe, diese zu reparieren. Man mache eine Ausschreibung mit dem Ziel, den Zuschlag im Frühjahr zu erteilen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 65

**zu 17      Bekanntgaben**

**zu 17.1 Heranführung der Erschließungsleitungen Sportpark Laichle**  
**Vorlage: 216/2021**

**Protokoll:**

Herr Musch gibt den Sachverhalt bekannt.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 66

**zu 17.2 QLOCKTWO**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass die Firma QLOCKTWO die geplante Investition am Gleispark gestoppt habe. Eine Investition müsse sich auch betriebswirtschaftlich rechnen. Angesichts der Grundstückspreise sowie der weltweit schwierigen Situation an den Rohstoffmärkten sei die Grundlage für das Konzept so nicht mehr gegeben. Die Firma bleibe der Stadt am bisherigen Standort erhalten. Man müsse daher weiter überlegen, was man mit dem Areal mache.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 60

**zu 18 Anfragen**

**zu 18.1 Rotrinnensteg**

**Protokoll:**

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Rotrinnensteg.

Herr Musch antwortet, dass der Auftrag bereits erteilt worden sei, jedoch noch kein

Ausführungstermin bekannt sei.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 66

## **zu 18.2 PV-Anlagen entlang der Bahnstrecke**

### **Protokoll:**

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, ob man im Bereich Hussenhofen entlang der Bahntrasse PV-Anlagen vorsehen könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies an die Stadtwerke weitergeben müsse.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 18.3 Schließung der BW-Bank-Filiale**

### **Protokoll:**

Stadtrat Schwab/SPD weist darauf hin, dass die BW-Bank viele Filialen schließe, unter anderem auch die Filiale in Schwäbisch Gmünd. Er bittet darum, dass Oberbürgermeister Arnold nochmals ein gutes Wort einlege.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er gerne nachhaken könne, er könne aber keine großen Hoffnungen machen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 1  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 18.4 Westlicher Stadteingang**

### **Protokoll:**

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE weist darauf hin, dass man den Gleispark wieder in die ursprünglichen Planungen mit einbeziehen könne.

Bürgermeister Mihm gibt die Jury-Entscheidung von European bekannt (siehe Anlage).

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 2, 60

## **zu 18.5    Bebauungsplanverfahren Sportpark Laichle**

### **Protokoll:**

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach dem Stand zum Bebauungsplanverfahren des Sportparks Laichle. Es liege ein Schreiben vor, dass durch die Höherlegung des Sportplatzes eine Lärmbelästigung entstehe. Er erkundigt sich nach der Einschätzung der Verwaltung.

Herr Hackner antwortet, dass man die Anregungen derzeit aufarbeite und am 02.02.2022 im Bau- und Umweltausschuss präsentiere.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: